Sozialindikatoren NRW – aktuelle Entwicklungen

Sozialberichte NRW online stellt ein Set an Indikatoren zur Verfügung, das die Grundlage für einen zeitnahen Überblick über die soziale Lage in Nordrhein-Westfalen liefert (vgl. http://www.sozialberichte.nrw.de/sozialindikatoren nrw). Zur Verstetigung der Sozialberichterstattung gehört es, diese Indikatoren regelmäßig zu aktualisieren.

Die Jahre 2020 und 2021 waren in vielerlei Hinsicht von der Coronapandemie begleitet, die das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben beeinträchtigten. Die aktualisierten Indikatoren zeigen für das zweite Coronajahr 2021 wieder ein Wirtschaftswachstum sowie eine positive Arbeitsmarktentwicklung.

Nachdem das Instrument der Kurzarbeit im Jahr 2020 dazu geführt hat, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu einem großen Teil erhalten blieben, konnten diese 2021 wieder auf einen Höchstwert gesteigert werden. Insgesamt gab es im Jahr 2021 rund 7,1 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Nordrhein-Westfalen und damit so viele wie nie zuvor (2019 und 2020: etwa 7 Millionen).

Die Arbeitslosenquote betrug im Jahr 2021 6,7 % und war wieder deutlich niedriger als im Vorjahr (2020: 7,5 %), lag aber noch etwas höher als vor Pandemiebeginn (Dezember 2019: 6,4 %).

Das Jahr 2021 zeigte auch eine positive Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer, die um 3,4 % gegenüber dem Vorjahr stiegen.

Bei der Armutsrisikoquote hingegen kam es im Jahr 2021 zu einem leichten Anstieg um 0,6 Prozentpunkte auf 18,0 %. Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen war nach einem Höchststand im Jahr 2016 weiterhin rückläufig. Die Mindestsicherungsquote fiel zum Ende des Jahres 2021 um 0,4 Prozentpunkte auf 10,5 %.

Die Kurzanalyse stellt diese und weitere aktuelle Entwicklungen anhand einiger zentraler Indikatoren dar.

Demografische Entwicklung

Ende 2021 lebten in Nordrhein-Westfalen 17 924 591 Menschen. Das waren knapp 1 000 Personen weniger als am 31. Dezember 2020 (<u>Link zum Indikator 2.1</u>). Damit war die Einwohnerzahl in Nordrhein-Westfalen nach acht Jahren Bevölkerungszuwachs das zweite Jahr in Folge rückläufig. Wanderungsgewinne waren der entscheidende Faktor für die steigenden Einwohnerzahlen in den letzten Jahren. Zwar war der Wanderungssaldo auch in 2021 positiv, er reichte jedoch nicht aus, um die natürliche Bevölkerungsbewegung auszugleichen. Seit den frühen 70er Jahren des letzten Jahrhunderts ist die Zahl der Geburten in der Regel niedriger als die Zahl der Sterbefälle.¹

Der Anteil der Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit lag Ende 2021 bei 14,2 % und hat sich damit seit 2011 im Vergleich zu den jeweiligen Vorjahren kontinuierlich erhöht (2020: 13,8 %; <u>Link zum Indikator 2.1</u>).

Knapp fünf Millionen Menschen hatten 2021 eine Einwanderungsgeschichte. Das entspricht einem Anteil von 29,4 % der Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten (2020: 28,2 %; <u>Link zum Indikator 2.3</u>). Zu den Menschen mit Einwanderungsgeschichte zählen:

- Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit,
- außerhalb des heutigen Gebietes der Bundesrepublik Deutschland geborene und seit 1955 nach Deutschland zugewanderte Personen oder
- Personen, bei denen mindestens ein Elternteil die Kriterien des zweiten Punkts erfüllt.
 Schutzsuchende machen nur einen kleinen Teil der Personen mit Migrationshintergrund aus.²

Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmarkt

Insgesamt wurden in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2021 Güter und Dienstleistungen im Wert von 733,3 Milliarden Euro erwirtschaftet. Das Bruttoinlandsprodukt ist damit preisbereinigt (real) um 2,2 % gestiegen (<u>Link zum Indikator 1.1</u>) und lag nach zwei aufeinanderfolgenden Jahren wieder höher als im jeweiligen Vorjahr.

¹ Im Jahr 2021 sind in Nordrhein-Westfalen 44 649 mehr Personen gestorben, als Kinder geboren wurden. Im selben Zeitraum zogen 45 864 mehr Menschen nach Nordrhein-Westfalen, als das Land verließen. Der insgesamt negative Saldo der Bevölkerungszahl kommt durch nachträgliche Korrekturen zustande (im Jahr 2021: –2 194), die überwiegend auf sogenannte "Rücknahmen von Zu- bzw. Fortzügen" zurückzuführen sind, die von den Kommunen erst nach Abschluss der Wanderungsstatistik gemeldet wurden (vgl. Pressemitteilung von IT.NRW vom 20. Juni 2022 "NRW-Einwohnerzahl Ende 2021 nahezu auf Vorjahresniveau").

Der Migrationshintergrund lässt sich im Mikrozensus ab 2017 nur für die Bevölkerung in Privathaushalten bzw. Hauptwohnsitzhaushalten ausweisen – nicht aber für die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften. Nicht zuletzt dadurch bleibt ein wesentlicher Teil der nach Deutschland eingewanderten Schutzsuchenden im Mikrozensus unberücksichtigt.

Auf dem Arbeitsmarkt verlief die Entwicklung im Jahr 2021 ebenfalls wieder positiv: Nachdem die Zahl der Erwerbstätigen nach dem kontinuierlichen Anstieg seit 2009 im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr erstmals gesunken war, lag diese im Jahresdurchschnitt 2021 bei insgesamt 9,6 Millionen und ist wieder leicht über den Wert in 2020 gestiegen. Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten fiel der Anstieg deutlicher aus als bei den Erwerbstätigen insgesamt. Am 30. Juni 2021 waren in Nordrhein-Westfalen 7,1 Millionen Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das waren 122 000 Menschen mehr als im Vorjahr (+1,7 %) (Link zum Indikator 1.4). Die Erwerbstätigenquote betrug im Jahr 2021 72,8 % (2020: 72,4 %). Die Quote der Männer war mit 76,7 % höher als die der Frauen (68,8 %). Die höchste Erwerbstätigenquote weisen Personen im Alter von 30 bis unter 55 Jahren auf. Mehr als vier von fünf Personen (81,9 %) dieser Altersgruppe sind erwerbstätig (Link zum Indikator 11.2).

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit zeigt für 2021 einen deutlichen Rückgang der Arbeitslosenquote.³ Diese betrug im Dezember 2021 6,7 % (Dezember 2020: 7,5 %), lag aber noch immer etwas höher als vor Pandemiebeginn (Dezember 2019: 6,4 %). Die Höhe der Arbeitslosenquoten variiert zwischen den kreisfreien Städten und Kreisen. Die höchste Arbeitslosenquote verzeichnete weiterhin die Stadt Gelsenkirchen mit 13,7 %, der Kreis Coesfeld wies mit 2,6 % wie im Vorjahr die niedrigste Ausprägung auf (Link zum Indikator 1.7). Der Rückgang der Arbeitslosenquote gegenüber dem Vorjahr zeigt sich aber in allen kreisfreien Städten und Kreisen des Landes Nordrhein-Westfalen.

Lohnentwicklung

Für die Mehrzahl der privaten Haushalte stellen die Einkünfte aus abhängiger Erwerbstätigkeit die wichtigste Einnahmequelle dar. Der nordrhein-westfälische Durchschnittsverdienst (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer) ist von 2020 auf 2021 nominal um 3,4 % gestiegen. Damit lag der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer im Jahr 2021 wieder auf dem Niveau der Jahre vor der Pandemie (2020: +0,1 %, 2019: +2,7 %, 2018: +3,5 %, 2017: +2,2 %, Link zum Indikator 4.3). Im Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt fiel der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer 2021 in Nordrhein-Westfalen nur geringfügig niedriger aus (gesamtes Bundesgebiet: +3,5 %).⁴ Aufgrund des jahresdurchschnittlichen Preisanstieges im Jahr 2021 von 3,2 % verbleibt bei der realen Preisentwicklung jedoch in Nordrhein-Westfalen nur ein geringes Plus von +0,2 % (2020: -0,4 %).⁵

³ bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

⁴ Berechnungsstand November 2021 / Februar 2022 (vgl. Datenangebot des Arbeitskreises der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) der Länder: https://www.statistikportal.de/de/vgrdl/ergebnisse-laenderebene/einkommen#alle-ergebnisse).

⁵ Vgl. https://www.it.nrw/statistik/eckdaten/verbraucherpreisindex-fuer-nrw-1891.

Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde sind 2021 gegenüber dem Vorjahr um 1,9 % gestiegen. In Bezug auf die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde lag der Anstieg in Nordrhein-Westfalen leicht über dem bundesdeutschen Durchschnitt (+1,8 %).⁶ In Nordrhein-Westfalen fiel der Anstieg der Bruttostundenverdienste im Produzierenden Gewerbe mit 1,5 % niedriger aus als im Dienstleistungssektor (+2,2 %). Der Durchschnittsverdienst pro Stunde lag im Dienstleistungssektor im Jahr 2021 mit 28,35 Euro nach wie vor deutlich unter den erzielten Verdiensten im Produzierenden Gewerbe (32,55 Euro; Link zum Indikator 4.4).

Einkommensentwicklung

2020 lag das verfügbare Jahreseinkommen der privaten Haushalte je Einwohnerin bzw. Einwohner, d. h. das Primäreinkommen der privaten Haushalte (vgl. <u>Definition von Indikator 4.2</u>) zuzüglich monetärer Sozialleistungen und sonstiger laufender Transfers seitens des Staates und abzüglich laufender Transfers, die von den privaten Haushalten zu leisten sind, durchschnittlich bei 23 201 Euro und somit um 1,1 % höher als im Vorjahr (<u>Link zum Indikator 4.5</u>).

Das durchschnittliche Einkommen sagt noch nichts über die Einkommensverteilung aus. Eine Kennziffer für die Ungleichheit der Einkommensverteilung ist das 90/10 Dezilsverhältnis der gewichteten Pro-Kopf-Einkommen. Dieses lag 2021 bei 4,02. Das bedeutet, dass die Äquivalenzeinkommen⁷ der 10 % der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen mindestens 4,02 mal höher liegen, als die der 10 % mit den niedrigsten Einkommen. Von 2020 auf 2021 stieg die Ungleichheit der Einkommensverteilung wieder etwas an (Link zum Indikator 7.1). Die Einkommensungleichheit hat in den vergangenen 15 Jahren deutlich zugenommen. Im Jahre 2006 betrug das 90/10 Dezilsverhältnis noch lediglich 3,46.

Relative Einkommensarmut

Im Jahr 2021 waren 18,0 % der nordrhein-westfälischen Bevölkerung von relativer Einkommensarmut betroffen (2020: 17,4 %); d. h. sie hatten weniger als 60 % des mittleren nordrheinwestfälischen Einkommens zur Verfügung (<u>Link zum Indikator 7.3</u>).⁸ Im Jahr 2021 war das

⁶ Berechnungsstand November 2021 / Februar 2022 (vgl. Datenangebot des Arbeitskreises der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) der Länder: https://www.statistikportal.de/de/vgrdl/ergebnisse-laenderebene/einkommen#alle-ergebnisse).

Das Äquivalenzeinkommen ist ein gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied, das ermittelt wird, indem das Haushaltsnettoeinkommen durch die Summe der Bedarfsgewichte der im Haushalt lebenden Personen dividiert wird. Dem Haushaltsvorstand wird das Gewicht = 1 zugeordnet, für die weiteren Haushaltsmitglieder werden Gewichte von < 1 eingesetzt, weil angenommen wird, dass sich durch gemeinsames Wirtschaften Einsparungen erreichen lassen.</p>

Die **Armutsrisikoquote** gibt an, wie hoch der prozentuale Anteil der Personen mit einem Einkommen unterhalb der <u>Armutsrisikoschwelle</u> an der Bevölkerung ist. Die **Armutsrisikoschwelle** liegt bei **60 % des Medians** der monatlichen <u>Äquivalenzeinkommen</u> der nordrhein-westfälischen Bevölkerung. Im Jahr 2021 waren das für einen Einpersonenhaushalt 1 131 Euro. Ein Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern im Alter von unter 14 Jahren galt 2021 als relativ einkommensarm, wenn das monatliche Haushaltsnettoeinkommen kleiner war als 2 376 Euro (<u>Link zum Indikator 7.2</u>).

Armutsrisiko von Erwerbslosen mit 48,6 %, von Alleinerziehenden und ihren minderjährigen Kindern mit 40,4 % sowie von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit mit 41,5 % besonders hoch.

Mindestsicherungsleistungen

Zu den Mindestsicherungsleistungen zählen in der nordrhein-westfälischen Sozialberichterstattung:

- Gesamtregelleistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) "Grundsicherung für Arbeitsuchende" (Arbeitslosengeld II / Sozialgeld),
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) "Sozialhilfe",
- Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII und
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG).

Zum Jahresende 2021 waren rund 1,88 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen. Damit lag die Zahl der Personen mit Bezug von Mindestsicherungsleistungen wie auch in den Jahren zuvor unter dem Höchststand von 2,15 Millionen im Jahr 2016. Gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist sie das fünfte Mal in Folge gesunken. Ende 2021 war die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen um rund 66 000 bzw. 3,4 % niedriger als 2020 (<u>Link zum Indikator 7.4</u>).

Die Empfängerinnen und Empfänger von Gesamtregelleistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) bilden mit einem Anteil von 78,4 % die größte Gruppe unter den Mindestsicherungsleistungsbeziehenden (2021: 1 475 000 Personen; 2020: 1 548 000 Personen, Anteil: 79,5 %). Gegenüber dem Vorjahr gab es für diese Leistungsart einen Rückgang um 4,7 % bzw. knapp 74 000 Empfängerinnen und Empfänger. Den stärksten Rückgang (–12,3 %) gab es bei Personen mit Bezug von Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem Sozialgesetzbuch XII. Seit dem Höchststand im Jahr 2015 (rund 39 000) ist die Zahl der Personen mit Bezug von Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, mit Ausnahme von 2020, weiter rückläufig (von gut 32 000 im Jahr 2020 um rund 4 000 auf gut 28 000 Personen Ende 2021). Hingegen ist die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger bei den anderen beiden Leistungsarten (Empfängerinnen und Empfänger von Regelleistungen nach dem AsylbLG sowie von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) angestiegen.

Nachdem die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz seit dem Höchststand im Jahr 2015 (rund 224 000) bis 2020 rückläufig war (81 000 Personen Ende 2020), stieg diese im Jahr 2021 auf rund 86 000 Personen bzw. um 6,6 % gegenüber dem Vorjahr an. Nachdem die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter drei Jahre lang bei etwa 155 000 lag, ist diese 2021

auf rund 162 000 Personen angestiegen (+4,3 %). Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung bei Erwerbsminderung lag wie bereits im Vorjahr bei etwa 130 000 (-0,2 %) (Link zum Indikator 7.4).

Zum Jahresende 2021 haben damit 10,5 % der Bevölkerung Mindestsicherungsleistungen empfangen (2020: 10,9 %). Minderjährige sind mit 17,1 % (2020: 17,9 %) weiterhin zu einem überdurchschnittlichen Anteil auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen.⁹

Zwischen den Kreisen und kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen gibt es Unterschiede in der Mindestsicherungsquote. Diese regionalen Unterschiede blieben auch 2021 bestehen: Die höchste Mindestsicherungsquote wurde mit 21,8 % in Gelsenkirchen (2020: 22,0 %) ermittelt. Hier waren 2021 fast zwei Fünftel (38,3 %) der Minderjährigen auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen (2020: 39,1 %). Die niedrigste Mindestsicherungsquote wies mit 4,9 % der Kreis Olpe auf (2020: 5,0 %; Link zum Indikator 7.5).

Bildung

Am Ende des Schuljahres 2020/21 haben 5,6 % der Schulabgängerinnen und -abgänger keinen Hauptschulabschluss erzielt. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil leicht gestiegen (2019/20: 5,5 %), lag aber niedriger als in den drei Jahren davor (2018/19: 6,2 %). Schulabgänger blieben mit 6,9 % häufiger ohne Abschluss als Schulabgängerinnen (2020/21: 4,4 %; Link zum Indikator 10.5). Die regionalen Unterschiede sind deutlich: Die Spanne reichte im Schuljahr 2020/21 von 3,2 % Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss im Rhein-Kreis Neuss bis 13,6 % in Gelsenkirchen (Link zum Indikator 10.5).

Auch der Anteil der Übergänge von der Grundschule auf ein Gymnasium an allen Übergängen auf weiterführende Schulen variiert regional sehr stark: So erfolgten für das Schuljahr 2021/22 in Gelsenkirchen mit 28,1 % weniger als ein Drittel aller Übergänge auf ein Gymnasium, in den Städten Aachen und Bonn waren es hingegen mit 57,8 bzw. 55,9 % deutlich mehr als die Hälfte. Landesweit lag der Anteil der Übergänge auf ein Gymnasium mit 41,8 % im Schuljahr 2021/22 ähnlich hoch wie in den Vorjahren (2021/2022: Schüler: 40,0 %, Schülerinnen: 43,6 %, Link zum Indikator 10.6).

IT.NRW - Statistisches Landesamt

Informationen zum Mindestsicherungsbezug bis auf Gemeindeebene und differenziert nach demografischen Merkmalen finden sich in der Landesdatenbank (<u>www.landesdatenbank.nrw.de</u>) unter dem Code 228 Sozialberichterstattung.

Die Mindestsicherungsquote ist ein zusammengefasster Indikator, der den prozentualen Anteil der Empfänger/-innen von Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung darstellt. Grundlage der Mindestsicherungsquoten auf Kreisebene ist das Wohnortprinzip.

Öffentliche Haushalte

Die Lage der öffentlichen Haushalte ist eine wesentliche Rahmenbedingung für den Spielraum sozialpolitischen Handelns. Im Jahr 2021 sind die Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen deutlich gestiegen, auf einen Höchstwert von 68,2 Milliarden Euro (+11,8 % im Vergleich zum Vorjahr; Link zum Indikator 3.1). Die bereinigten Einnahmen (83,8 Milliarden Euro) im Landeshaushalt NRW waren gleich den bereinigten Ausgaben (83,8 Milliarden Euro). Der Finanzierungssaldo war damit ausgeglichen (Link zum Indikator 3.2). Die Gesamtverschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen ist 2021 auf 159,7 Milliarden Euro gestiegen (2020: 155,1). Dies entspricht 8 917 Euro je Einwohner (Link zum Indikator 3.3).

Diese und weitere Sozialindikatoren können abgerufen werden unter: http://www.sozialberichte.nrw.de/sozialindikatoren nrw/indikatoren/index.php.

Düsseldorf, Januar 2023 Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) Statistisches Landesamt

Im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

